



kommen - es habe ihn ein Papier der F.D.P.-Fraktion erreicht - und eingearbeitet werden müßten oder auch vom Beirat.

Das hänge auch damit zusammen, daß am 11.03.1998 erst die nächste Sitzung des Beirates stattfinde. Deshalb könne es nach dem 11.03.1998 eventuell noch zu Ergänzungen kommen.

Ein zweiter Punkt sei die Beantwortung der Frage, was mache Dresden, das sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr mit dieser Aufschiebung. Er habe sich mit Dresden in Verbindung gesetzt und darüber ausführlich mit dem obersten Verkehrsbeamten des Ministeriums diskutiert. Ergebnis sei, daß man in Erwartung einer sich abzeichnenden breiteren oder überhaupt Mehrheit das Verschieben toleriere. Es sei jedoch ein hartes Diktum in der Hoffnung, daß dann auch die „endlose Geschichte Halle“ ein Ende haben werde. Die Sachsen würden sonst das wahr machen, was sie angekündigt haben. Er habe von verschiedenen Seiten des Stadtrates gehört, daß man den endgültigen Gesellschaftsvertrag mit Punkt und Komma fertig auf den Tisch haben wolle. Das sei nicht durchführbar. Er bat darum, daß der Stadtrat entsprechend der ursprünglichen Vorlage - wie bei anderen Verträgen auch - sich auf ganz konkrete Auflagen beschränke, die der Verwaltung mit auf den Weg gegeben werden mit dem Ziel, diese Auflagen in den Gesellschaftsvertrag einzuarbeiten. Im übrigen bleibe es bei der dem Stadtrat vorliegenden Vorlage des Gesellschaftsvertrages, der dann entsprechend noch zu ändern sei. Mehr sei nicht möglich.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** informierte, daß sie soeben ein Brief der SPD-Stadtratsfraktion an den Oberbürgermeister erreicht habe. Die SPD-Stadtratsfraktion bitte darin den Oberbürgermeister, Schritte zu unternehmen, einen gemeinsamen Vorstoß der Stadt Halle mit den restlichen Mitgliedern des MDV vorzunehmen, die NASA und die LVG Sachsen doch noch in den MDV einzubinden.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, stellte den **Antrag**, aus dem nichtöffentlichen Teil TOP 04 - Beschlußvorlage - Finanzierungsangelegenheiten für Immobilien - in den öffentlichen Teil zu übernehmen. Man werde dabei über ein Modell reden, das nicht unerheblich für die Stadt Halle sei. Nach Auskunft des Regierungspräsidiums gebe es keinen Grund, dies nichtöffentlich zu behandeln, solange nicht über Mieten und konkrete Partner diskutiert werde.

Herr **Koch**, Beigeordneter für Finanzen und offene Vermögensfragen, sprach gegen diesen Antrag. Der Inhalt der Vorlage sei deswegen vertraulich, weil auch Interessen der Vertragspartner berührt werden, die zu schützen seien.

Herr **Dr. Koehn**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, plädierte für eine öffentliche Diskussion der Vorlage. Es handele sich um öffentliche Gebäude, da sollten die Bürgerinnen und Bürger hören, was die Stadt damit vorhabe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.  
Der Vorsitzende des Stadtrates machte darauf aufmerksam, daß für die Änderung der bekanntgemachten Tagesordnung im öffentlichen Teil eine Zweidrittelmehrheit notwendig sei.

**Abstimmung zum Antrag auf Veränderung der Tagesordnung (TOP 04 öffentlich):** mit  
31 Ja-Stimmen wurde die

**erforderliche Zweidrittelmehrheit**

**von 38 Stimmen nicht erreicht**

**Der Antrag wurde a b g e l e h n t.**

**Abstimmung zur Tagesordnung:  
mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

TOP 01 **Genehmigung der Niederschriften** der 37. Tagung am 17. Dezember 1997  
und der 38. Tagung am 28. Januar 1998  
(öffentlicher Teil)

TOP 02 **Beschlußvorlage - Aus- bzw. Neubau der Thüringer Straße und ihrer**  
**Anschlußknoten**  
Vorlage-Nr.: 98/I-39/828

TOP 03 **Beschlußvorlage - Abwägungsbeschluß über die zum Planentwurf des Bebauungs-**  
**planes Nr. 92, Biologicum, vorgetragenen**  
**Anregungen und Bedenken**  
Vorlage-Nr.: 98/I-39/904

TOP 04 **Beschlußvorlage - Beschluß zur Satzung und Begründung des Bebauungsplanes**  
**Nr. 92, Biologicum**  
Vorlage-Nr.: 98/I-39/905

TOP 05 **Informationsvorlage - zum Stand der Erarbeitung des Mietspiegels für die**  
**Stadt Halle**  
Vorlage-Nr.: 98/I-39/879

TOP 06 **Beschlußvorlage - Auswertung des Modellversuches Frauen-Nacht-Taxi Halle und**  
**Vorschlag zum weiteren Verfahren**  
Vorlage-Nr.: 98/I-39/891

TOP 07 **Beschlußvorlage - Wahl eines stimmberechtigten und stellvertretenden Mitgliedes**  
**in den Jugendhilfeausschuß des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlage-Nr.: 98/I-39/922

TOP 08 **Wiedervorlage**

Dringlichkeitsantrag der F.D.P.-Fraktion - **Kosten für Umbauarbeiten Kurve Trothaer Straße/Mötzlicher Straße**  
Vorlage-Nr.: 97/I-35/A-376

Antrag des Stadtrates Lorenz, SPD - **zur Umwandlung des Parkstreifens Robert-Franz-Ring in eine Linksabbiegespur**  
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-377

Antrag der F.D.P.-Fraktion - **Gebührensatzung für die Kindertageeinrichtungen der Stadt Halle**  
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-383

Antrag der F.D.P.-Fraktion - **Grüner Pfeil an Kreuzung Franckestraße/Breitscheidstraße**  
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-385

#### TOP 09 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Antrag der F.D.P.-Fraktion - **Erwerb von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Halle-Oppin**  
Vorlage-Nr.: 98/I-39/A-410

Antrag der F.D.P.-Fraktion - **Unabhängige Prüfung der Kostenfaktoren im Kindertagesstättenbereich**  
Vorlage-Nr.: 98/I- 39/A-411

Antrag der Stadträte Bohley, Neues Forum und Kupke, CDU - **zu den Vorgängen um das denkmalgeschützte Haus Große Steinstraße**  
17  
Vorlage-Nr.. 98/I-39/A-412

Antrag des Stadtrates Kupke, CDU - **betreffend die Ergänzung des Entgelttarifes für die Schwimmhalle Neustadt**  
Vorlage-Nr.: 98/I-39/A-413

Antrag des Stadtrates Kupke, CDU - **betreffend die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek**  
Vorlage-Nr.: 98/I-39/A-414

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Neues Forum und PDS - **zur kostendeckenden Einspeisevergütung für Solarstrom**  
Vorlage-Nr.: 98/I-39/A-415

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - **Termin Wehrmachtsausstellung**  
Vorlage-Nr.: 98/I-39/A-416

TOP 10 **Anfragen von Stadträten**

TOP 11 **Mitteilungen**

Herr **Dr. Brockmann** teilte die in nichtöffentlicher Beratung gefaßten Beschlüsse der 38. Tagung des Stadtrates am 28.01.1998 mit.

### **Zu TOP 01 - Genehmigung der Niederschriften**

---

---

Es gab keine Anmerkungen zu den Niederschriften der 37. Tagung des Stadtrates am 17.12.1997 und der 38. Tagung am 28.01.1998.

**Abstimmung zur Genehmigung der Niederschriften:   mehrheitlich z u  
g e s t i m m t**

Die Niederschriften der 37. Tagung des Stadtrates an 17.12.1997 und der 38. Tagung des Stadtrates am 28.01.1998 wurden in der vorliegenden Form g e n e h m i g t.

### **Zu TOP 02 - Beschlußvorlage - Aus- bzw. Neubau der Thüringer Straße und ihrer Anschlußknoten Vorlage**

Nr. 98/I-39/828

---

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluß Nr. 98/I-39/828 - Aus- bzw. Neubau der Thüringer Straße  
und ihrer**

**Anschlußknoten**

---

Die Vorlage zum Aus- bzw. Neubau der Thüringer Straße  
und ihrer Anschluß-  
knoten wird bestätigt. Dabei ist auf der Südseite der  
Thüringer Straße ein  
durchgehender Radweg anzuordnen.

---

**Zu TOP 03 - Beschlußvorlage - Abwägungsbeschluß über  
die zum**

**Nr. 92, Biologicum,  
Bedenken**

**Planentwurf des Bebauungsplanes  
vorgetragenen Anregungen und**

Vorlage Nr. 98/I-39/904

---

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, verwies auf ein Änderungsblatt. Darin sei der Vorschlag der Verwaltung enthalten, die strittige Zufahrt zum Baugebiet „Biologicum“ von Nord nach Süd zu verlegen zugunsten der nördlich angrenzenden Nachbarn. Dies sei noch einmal geprüft worden. Es habe Schwierigkeiten mit der Kreuzung gegeben, die nördliche Lage wäre einfacher gewesen. Aber unter Abwägung aller Gesichtspunkte habe es die Verwaltung für machbar gehalten, die südliche Verlegung vorzuschlagen.

Herr **Dr. Köck**, PDS, meinte, die Verlegung der Straße sei aus seiner Sicht ein gravierender anderer Planungsansatz. Der bisherige Ansatz sei so gewesen, daß an den Rändern dieses kleinen Campus innerhalb des großen die Zuwegung für den Individualverkehr erfolgen sollte. Wenn man das jetzt verlege, schneide man die Hörsaalgebäude von den Institutsgebäuden ab. Eine Variante, vollkommen ohne Parkplätze, wäre für ihn natürlich das beste.

Er sähe durchaus in dem Weinberggelände andere Möglichkeiten, z.B. mit einem Parkdeck auf dem TGZ-Gelände. Aber das sei nicht mehr Gegenstand dieser Vorlage. Man müsse sich entscheiden; eine einfache kleine Änderung würde er heute ablehnen. Dann müßte die Vorlage zurück in die Ausschüsse. Man sollte jedoch heute zu einer Beschlußfassung kommen, aber auf keinen Fall die Planung ändern.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, bestätigte, daß sich der Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten gestern zum zweitenmal mit dieser Vorlage beschäftigt habe, weil nach der Hauptausschußsitzung von der Verwaltung eine Veränderung der ursprünglichen Vorlage vorgenommen worden sei. Der ursprünglichen Vorlage hatte der Ausschuß einstimmig zugestimmt. Er meinte, es sei anzunehmen, daß ein Parkplatz mit 200 Stellplätzen, die im wesentlichen nicht Kurzzeitbesuchern dienen, nur ein paar hundert Verkehrsbewegungen verursachen werde. Die Vorstellung der von der Verwaltung beabsichtigten Änderung in der gestrigen Ausschußsitzung habe ergeben, daß es ein offenes Problem gebe, das bei der Veränderung der Zufahrt bisher nicht ausreichend gelöst sei. Das sei die Frage dieses versetzten Knotens aus zwei Einmündungen. Ansonsten sei die Verlegung der Zufahrt im Interesse einer noch geringeren Lärmbelastung der Anwohner zu akzeptieren. Er könne der veränderten Vorlage zustimmen und empfahl dies auch dem Stadtrat.

Frau **Fuchs**, SPD, bat um eine genaue Beschreibung der Verschiebung der Einfahrt.

Herr Beigeordneter **Dr. Busmann** erläuterte an Hand der aufgestellten Planskizzen die vorgesehene Veränderung.

Herr **Sänger**, CDU, informierte, daß der Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften der Vorlage einstimmig zugestimmt habe. Die Veränderung der Zufahrt, die in diesem Ausschuß nicht behandelt worden sei, halte er für durchaus praktikabel.

Herr **Dr. Köck** stellte den **Antrag, über die ursprüngliche Fassung der Vorlage abzustimmen.**

Herr **Dr. Busmann** bat, der geänderten Vorlage zuzustimmen.

Herr **Dr. Müller-Gerberding** merkte an, auch die ursprüngliche Variante sei eine gute Lösung, die ohne weiteres auch den Anwohnern zugemutet werden könne. Die Verwaltung meine aber - und dem schließe er sich an, daß man den psychologischen Effekt nutzen sollte, der noch eine geringe Verbesserung eines ansich schon ordentlichen Zustandes bringe. Er erinnerte daran, daß der entsprechende Gesetzestext eindeutig davon ausgehe, daß eine

Abwägung aller Belange stattzufinden habe. Zu diesen Belangen gehöre auch die wirtschaft-lich sinnvolle Nutzung des Geländes durch die Universität .

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmung zum Antrag Dr. Köck** **bei 13 Ja-**  
**Stimmen**  
(*Abstimmung der ursprünglichen Vorlage*)

**mehrheitlich a b g e l e h n t**

**Abstimmung zur Vorlage:**  
**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluß Nr. 98/I-39/904 - Abwägungsbeschluß über die zum**  
**Planentwurf des Bebauungs-** **planes Nr. 92,**  
**Biologicum, vorgetragenen Anregungen und** **Bedenken**

---

Den **Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung zur**  
**Behandlung der vorgetragenen**  
**Anregungen und Bedenken zum Bebauungsplan Nr. 92,**  
**Biologicum, wird**  
**zugestimmt.**

---

**Zu TOP 04 - Beschlußvorlage - Beschluß zur Satzung und**  
**Begründung des**

**Biologicum** **Bebauungsplanes Nr. 92,**

Vorlage Nr. 98/I-39/905

---

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: bei 36 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Beschluß Nr. 98/I-39/905 - Beschluß zur Satzung und Begründung des  
Bebauungsplanes

Nr. 92, Biologicum

---

---

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 92, Biologicum, als Satzung unter der Ergänzung, daß die Zufahrt Weinbergweg nach Süden zu ver-schieben ist und jedem geplanten Gebäude Fahrradabstellanlagen zuzuordnen sind.
  2. Der Stadtrat billigt die Begründung zum Bebauungsplan.
- 
- 

Herr **Prof. Isbaner**, PDS, wies darauf hin, daß Herr Dr. Busmann zugesagt habe, die notwendigen Veränderungen in die Beschlußvorlage einzuarbeiten.

Zu TOP 05 - Informationsvorlage - Information zum  
Stand der Erarbeitung  
des Mietspiegels für die Stadt  
Halle

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

**Vorlage Nr. 98/I-39/879 - Information zum Stand der Erarbeitung des  
Mietspiegels für die  
Stadt Halle**

---

---

**Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.**

---

---

**Zu TOP 06 - Beschlußvorlage - Auswertung des  
Modellversuches Frauen-  
Nacht-Taxi Halle (Saale) und  
Vorschlag zum weiteren  
Verfahren Vorlage Nr. 98/I-39/891**

---

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluß Nr. 98/I-39/891 - Auswertung des Modellversuches Frauen-Nacht-Taxi**

**Halle (Saale) und**

**Vorschlag zum weiteren Verfahren**

---

1. Die Auswertung des Modellversuches Frauen-Nacht-Taxi Halle (Saale) wird zur Kenntnis genommen.
  2. Der Fortführung im Jahr 1998 wird zugestimmt.
  3. Zur Finanzierung werden 30.000,- DM im Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) im Unterabschnitt 1.0260.716000.4 eingestellt.
  4. Die aus dem Modellversuch 1997 gewonnenen Erkenntnisse sollen in die Durchführung im Jahr 1998 einfließen.
- 

**Zu TOP 07 - Beschlußvorlage - Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuß des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) Vorlage Nr. 98/I-39/922**

---

(An der Behandlung und Abstimmung dieser Vorlage nahm Frau Stadträtin Handwerg nicht teil.)

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluß Nr. 98/I-39/922 - Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes  
in den **Jugendhilfeausschuß des**  
Stadtrates der Stadt Halle (Saale)

---

Der Stadtrat wählt

Frau **Bä r b e l H a n d w e r g** als Vertreterin der  
Fraktion Volkssolidarität 1990 e.V.  
Halle/DIE GRAUEN-Graue Panther als stimmberechtigtes  
Mitglied in den  
Jugendhilfeausschuß des Stadtrates der Stadt Halle  
(Saale).

---

**Zu TOP 08 - Wiedervorlage**

---

Zu Dringlichkeitsantrag der F.D.P.-Fraktion - Kosten  
für Umbauarbeiten

**Straße/Mötzlicher Straße**

35/A-376

**Kurve Trothaer**

Vorlage Nr. 97/I-

---

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., meinte, es sei betrüblich, daß es nicht gelungen sei, die Kosten, die auf die Stadt zugekommen seien, anderweitig verbuchen zu können. Bei zukünftigen Baumaßnahmen sollte dafür Sorge getragen werden, daß von der ersten Überlegung an über die Bauausführung bis zur Übergabe ein funktionierendes Überprüfungs-

und Kontrollsystem gesichert werde. Bei besonders kniffligen Fällen sollte über eine Simulation erkannt werden, wo Schwierigkeiten und Probleme auftreten könnten und das dann in der Planungsphase berücksichtigt werde.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, bestätigte, daß man darüber gesprochen habe und das in Zukunft so durchführen werde. An verschiedenen Stellen sei man schon entsprechend verfahren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmung zum Antrag:            mehrheitlich a b g e l e h n t**

**Der Antrag wurde a b g e l e h n t.**

**Zu Antrag des Stadtrates Lorenz, SPD, zur Umwandlung  
des Parkstreifens**

**Robert-Franz-Ring in eine  
Linksabbiegespur**

Vorlage Nr. 97/I-36/A-377

---

*(An der Behandlung und Abstimmung dieses Antrages nahm Herr  
Stadtrat Dr. Müller-Gerber-  
ding nicht teil.)*

Herr **Kautz**, CDU, zog die auf der 36. Tagung des Stadtrates am  
19.11.1997 von seiner

Fraktion gemachte **Ergänzung zum Antrag zurück**. Dafür werde der schriftlich vorliegende Kompromißvorschlag eingereicht.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, meinte, diesem Kompromißvorschlag stimme seine Fraktion zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmung zum Änderungsantrag  
der CDU-Fraktion:  
mehrheitlich z u g e s t i m m t**  
(2. und 3. Absatz des  
Beschlüßtextes)

**Abstimmung zum Antrag:  
mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluß Nr. 98/I-39/A-377 - Antrag des Stadtrates Lorenz, SPD, zur  
Umwandlung des**

**Parkstreifens**

**Robert-Franz-Ring in eine Linksabbiegespur**

---

Der Oberbürgermeister der Stadt Halle wird beauftragt, den Parkstreifen an der Einmündung in den Robert-Franz-Ring bis zur Ankerstraße in eine Linksabbiegespur umzuwandeln, sodaß der bisherige Fahrstreifen voll für den Verkehr Richtung Moritzburg/AOK zur Verfügung steht. Die Umwandlung des Parkstreifens Robert-Franz-Ring in eine Linksabbiegespur wird vorerst auf ein halbes Jahr befristet. Die Beibehaltung der jetzt beantragten Umwandlung oder die Wiederherstellung des derzeitigen Zustandes wird nach Ablauf der genannten Frist durch die Erstellung und Auswertung einer Wirkungsanalyse, welche durch die Stadtverwaltung dem Stadtrat vorzulegen ist, entschieden.

---

**Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Gebührensatzung für  
die Kindertagesein-**

**richtungen der Stadt Halle**

Vorlage Nr. 97/I-36/A-383

---

Frau **Haupt**, SPD, teilte mit, daß der Jugendhilfeausschuß diesen Antrag einstimmig abgelehnt habe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmung zum Antrag:**  
**mehrheitlich a b g e l e h n t**

**Der Antrag wurde a b g e l e h n t.**

**Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Grüner Pfeil an  
Kreuzung Franckestraße/  
Breitscheidstraße  
Vorlage Nr. 97/I-36/A-385**

---

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., ging auf die Bedeutung des Grünen Pfeils ein. Er stellte einen **Änderungsantrag** (siehe Beschlußtext).

Frau **Haupt**, Vorsitzende des Innenausschusses, informierte, daß sich dieser Ausschuß mit dem Antrag beschäftigt und der Weisheit der Polizei dazu gebeugt habe. Von der Polizeidirektion sei dargelegt worden, daß das Anbringen eines Grünen Pfeils abgelehnt werden müsse, weil jeder abbiegende Lastzug die Gegenfahrbahn mit in

Anspruch nehmen müsse, d.h. die Möglichkeit des gefahrlosen Abbiegens sei nicht gegeben. Der Innenausschuß habe den Antrag einstimmig abgelehnt.

Herr **Heft**, PDS, ging auf die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag ein.

Herr **Dr. Roscher**, Beigeordneter für Verwaltung, Personal und Ordnung, erläuterte die Meinung der Verwaltung und erklärte sich bereit, die im Änderungsantrag vorgeschlagene Lösung zu prüfen.

Herr **Prof. Isbaner**, PDS, sprach sich ebenfalls für eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit aus.

Herr **Doege**, CDU, unterstützte ebenfalls den Kompromißvorschlag der F.D.P.-Fraktion.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, gab zu bedenken, daß die Polizei glaube, ein erhöhtes Gefahrenpotential ausgemacht zu haben. Man spiele hier mit der Gesundheit der Bürger, man sollte auf die Polizei hören.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmung zum Antrag**  
(geändert durch F.D.P.-Fraktion): **mehrheitlich z u g**  
**e s t i m m t**

**Beschluß Nr. 98/I-39/A-385 - Antrag der F.D.P.-Fraktion - Grüner Pfeil an Kreuzung**

**Franckestraße/Breitscheidstraße**

---

Die Stadtverwaltung prüft in Abstimmung mit den zuständigen Polizeigremien die Möglichkeit, einen sechswöchigen Probelauf nach Anbringung des Grünen Pfeils am benannten Standort einzurichten, damit festgestellt werden kann, ob in der praktischen Umsetzung tatsächlich eine Verkehrsgefährdung eintritt oder ob deshalb, wie von der F.D.P.-Fraktion eingeschätzt, eine Verbesserung des Verkehrsflusses ohne auftretende Verkehrsgefährdung erfolgt.

---

Der Stadtrat legte eine **P a u s e** ein.

## Zu TOP 09 - Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

---

### Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Erwerb von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Halle-Oppin Vorlage Nr. 98/I-39/A-410

---

---

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., erläuterte, daß dieser Antrag dazu führen solle, daß der Stadtrat eine Entscheidung darüber treffe, daß die Verwaltung beauftragt werde, an dieser Stelle tätig zu werden. Eine Verweisung in den Fachausschuß sei nicht sinnvoll.

Herr **Sänger**, CDU, meinte, eigentlich habe er eine Verweisung beantragen wolle; er könne jedoch dem vorgeschlagenen Verfahren zustimmen.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, äußerte, es stünden zu viele Probleme an dem Verfahren selbst. Er beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften sowie in den Unterausschuß Finanzen.

**Der Antrag wurde in den**

**- Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften und in den**

**- Unterausschuß Finanzen**

**v e r w i e s e n .**

**Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Unabhängige Prüfung der Kostenfaktoren**

**im Kindertagesstättenbereich**

Vorlage Nr. 98/I-39/A-411

---

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., erklärte, er akzeptiere die Stellungnahme der Verwaltung.

Auch der Änderungsantrag der CDU-Fraktion sei durchaus einbringbar. Man müsse sich nur, wenn man so verfahren wolle, auf eine geeignete Zeitschiene einigen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** äußerte, die Verwaltung habe sich bis jetzt mit der Übertragung von Kindereinrichtungen in freie Trägerschaften befaßt, parallel dazu sei jedoch geprüft

worden, was die beste Variante für einen effektiven Betrieb der KITA's in städtischer Trägerschaft sei. Jetzt sei man an dem Punkt, das man dies mit wirtschaftlichen Daten untersetzen müsse. Das könne jedoch die Verwaltung allein nicht. Ihre Vorstellung sei, ab 01.08.1998 in diese Konstruktion zu kommen. Ob das gelingen werde, wisse sie jedoch nicht. Sie denke, daß spätestens im Juni 1998 eine Information dazu im Stadtrat erfolgen werde.

Herr **Doege**, CDU, erläuterte den Änderungsantrag seiner Fraktion. Dazu soll noch ein neuer Punkt 4 aufgenommen werden: **Bei der Erarbeitung der Optimierungsvorschläge ist das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Bremen vom 06.07.1997 zu berücksichtigen.**

Frau Bürgermeisterin **Szabados** sagte zu, dies mit zu prüfen.

**Abstimmung zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion: mehrheitlich z u g e s t i m m t**  
(Beschlusstext, zweiter Satz unter 2. und Punkt 4.)

**Abstimmung zum Antrag:**  
**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluß Nr. 98/I-39/A-411 - Antrag der F.D.P.-Fraktion -  
Unabhängige Prüfung der** **Kostenfaktoren im**  
**Kindertagesstättenbereich**

---

Der Oberbürgermeister wird gebeten, einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer mit der Analyse aller Kostenfaktoren zu beauftragen, die Einfluß auf die Gestaltung der Kindertagesstättengebühren haben.

Auf der Grundlage dieser Untersuchungsergebnisse, die allen Stadtratsfraktionen so schnell wie möglich vorgelegt werden sollen, sind Optimierungsvorschläge abzuleiten, die folgende Zielfunktionen beinhalten:

1. Es sind keine Abstriche am Niveau der Kinderbetreuung zuzulassen.

2. Die finanziellen Belastungen für die Eltern sind so gering wie möglich zu halten, wobei sowohl eine Gebührenstaffelung als auch eine Einheitsgebühr zu untersuchen ist. Besonderes Augenmerk ist daher darauf zu richten, ob ein

der Gebührenstaffelung vergleichbarer Effekt durch entsprechende Anwendung der Möglichkeiten des BSHG bei Geltung einer Einheitsgebühr erreicht werden kann.

3. Der ungeplante finanzielle Verlust, der durch Zuschußleistungen der Stadt aufgrund falsch angesetzter Gebühren entsteht, ist zu minimieren.

4. Bei der Erarbeitung der Optimierungsvorschläge ist das Urteil des Obergerichtes Bremen vom 06.07.1997 zu berücksichtigen.

---

Zu Antrag der Stadträtin Heidi Bohley, Neues Forum,  
und des Stadtrates

Wolfgang Kupke, CDU, zu den Vorgängen  
um das denkmal-

geschützte Haus Große Steinstraße 17  
Vorlage Nr. 98//I-39/A-412

---

Frau **Bohley**, Neues Forum, äußerte, der Antrag habe sich durch die Auflistung der Verwaltung erledigt, das Thema allerdings nicht. Die Auflistung mache sehr deutlich, was diesem Haus widerfahren sei. Dies sollte Anlaß sein, an die Verwaltung zu appellieren, die Möglichkeiten, die sie in solchen Fällen habe, eher zu nutzen.

**Der Antrag wurde mit der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt angesehen.**

**Zu Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU,  
betreffend die Ergänzung  
des Entgelttarifes für die  
Schwimmhalle Neustadt**

Vorlage Nr. 98/I-39/A-413

---

Herr **Dr. Koehn**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, sprach sich gegen den Antrag aus; es sollte bei der jetzt gültigen Eintrittspreisregelung bleiben.

Herr **Prof. Kiel**, PDS, erklärte, Position seiner Fraktion sei es, daß die Halle von unterschiedlichen Interessengruppen genutzt werde. Man sollte zu einem Miteinander kommen und nicht einzelne Gruppen zu präferieren.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erinnerte daran, daß man sich darauf verständigt habe, Satzungsänderungen in den Fachausschüssen zu beraten.

Herr **Kupke** meinte, im Normalfall beschließe man bei einer Entgeltsatzung, dem Nutzer die gesamte Einrichtung zur Verfügung zu stellen. Wenn es auf Dauer zu diesen Einschränkungen komme, könne man nicht bei dem Preis bleiben.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** wies darauf hin, daß sie sich nicht zum Inhalt des Antrages geäußert habe, nur zur Verfahrensweise.

Herr **Kupke** beantragt namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Sportausschuß.

**Der Antrag wurde in den**

**- S p o r t a u s s c h u ß**

**v e r w i e s e n.**

**Zu Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU,  
betreffend die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek**

Vorlage Nr. 98/I-39/A-414

---

Herr **Dr. Reinhardt**, SPD, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Bildungs- und Kulturausschuß.

Der Antrag wurde in den  
- Bildungs- und Kulturausschuß  
v e r w i e s e n.

Zu Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Neues  
Forum und

**PDS zur kostendeckenden  
Einspeisevergütung für Solarstrom**

Vorlage Nr. 98/I-39/A-415

---

Herr **Jeschke**, Neues Forum, ging auf die Stellungnahme der  
Verwaltung ein, die ihn etwas  
verwundert habe. Darin werde geschrieben, daß - um eine umfassende  
Beantwortung dieses  
Antrages zu gewährleisten - die Beantwortung zur 40. Tagung des  
Stadtrates im März erfolge.  
Es sei aber keine Anfrage, sondern ein Antrag. Wenn der Vorschlag  
gekommen wäre, daß  
eine umfassende Konzeption zur Umsetzung dieses Antrages im März  
vorgelegt werde, dann

hätte er das verstanden. Aber die Verweisung einer Antwort - das gehe eigentlich nicht.  
Herr Jeschke begründete den gemeinsamen Antrag von drei Fraktion, bat um Abstimmung.  
Die zustimmende Meinung der Verwaltung, die man aus der Stellungnahme erfahren habe, sollte dazu verwendet werden, sie als Vorangebot auf eine zu erwartende Konzeption der Umsetzung dieses Antrages zu sehen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** äußerte, so sei es gemeint gewesen. Die Verwaltung brauche einfach mehr Zeit, um eine umfassende Stellungnahme abzugeben. Im März werde eine Stellungnahme der Verwaltung vorgelegt. Heute sollte nicht über den Antrag abgestimmt werden.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, bat ebenfalls um Verschiebung.  
Er wolle alles noch einmal genau prüfen.

Herr **Günther**, CDU, informierte über eine von Greenpeace initiierte Veranstaltung zur Einführung der kostendeckenden Solarenergie; dort sei über offene Probleme, die in Sachsen-Anhalt bestehen, berichtet worden. Seine Fraktion habe noch Beratungsbedarf zu dieser Thematik. Er beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

**Der Antrag wurde in den**

**- Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten**

**v e r w i e s e n .**

**Zu Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Termin Wehrmachts-**

**ausstellung** Vorlage Nr. 98/I-39/A-416

---

Herr **Dr. Koehn**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, schilderte, daß er das Gefühl nicht loswerde, daß mit verschiedenen Verfahrenswegen versucht werde, Zeit zu gewinnen oder die Sache hinauszudehnen, damit diese Ausstellung nach Halle komme.



„Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1991  
bis 1944“ zu bemühen.

---

---

## **Zu TOP 11 - Anfragen von Stadträten**

---

---

(Aus den Seiten 62 bis 106 werden die Anfragen sowie die  
Antworten der Verwaltung wiedergegeben. Ab Seite 107 erfolgt die  
Niederschrift der Diskussion dazu im Stadtrat)

**Zu Anfrage Nr. 01 - des Stadtrates Dr. Ackermann, CDU,  
- betreffend**

**Kontoführung der GWG**

---

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 02 - des Stadtrates Dr. Ackermann, CDU,  
betreffend das  
Auskunftsverhalten der  
GWG**

---

---

Herr **Dr. Ackermann**, CDU, äußerte, es sei für ihn nicht nachvollziehbar, daß es zwischen Käufer und Verkäufer offensichtlich eine Vereinbarung gebe, daß die Mieter den neuen Vermieter nicht kennen dürfen.

**Zu Anfrage Nr. 03 - der F.D.P.-Fraktion zur Erhebung  
von Grundsteuern**

---

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 04 - des Stadtrates Prof. Dr. Kiel,  
PDS, zum Stadtfernsehen  
„hs-TV 1“**

---

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 05 - des Stadtrates Dr. Köck, PDS, zur  
EXPO 2000**

---

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 06 - der Fraktion Neues Forum zur  
Privatisierung ehemals  
Wohnraums** **kommunal verwalteten**

---

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 07 - der SPD-Fraktion zur  
Auftragsvergabe der Stadt bei  
Ingenieurleistungen im Jahre 1997** **Architektur- und**

---

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 08 - der SPD-Fraktion -Mehrkosten bei  
Sanierung der  
Talamtstraße**

---

---

Herr **Prof. Schuh**, SPD, bat um eine Auskunft zu den falsch verlegten Gleisen.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, sagte eine Überprüfung zu.  
Diese Leistung sei von  
der HAVAG vergeben worden.

**Zu Anfrage Nr. 09 - der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
zur Wehr-**

**machtausstellung**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 10 - der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
- Mitsprache-**

**recht**

**Gesamtschulkonferenzen**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 11 - der F.D.P.-Fraktion zur Energie-  
und Heizkostenein-**

**sparung**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 12 - der Fraktion Neues Forum zu  
Hausabbruchanträgen**

**im Sanierungsgebiet**

**Historischer Altstadt kern**

---

Frau **Bohley**, Neues Forum, erklärte, sie sei mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden.

Sie mache darauf aufmerksam, daß es sich bei der Großen Nikolaistraße Nr. 6 um das Händelhaus handele. Sie könne sich nicht vorstellen, daß es Wille der Stadt sei, dieses Haus abzureißen.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, sagt eine Präzisierung der Antwort zu.

**Zu Anfrage Nr. 13 - des Stadtrates Dr. Köck, PDS, zum Stand der Realisie-**

**rung eines P+R -**

**Konzeptes**

---

Herr **Dr. Köck**, PDS, ging auf einzelne Punkte der Antwort ein. Zusammenfassend meinte er, ihn befriedige die Geschwindigkeit der Umsetzung dieses Konzeptes nicht.

Herr **Dr. Busmann** wies darauf hin, die Verwaltung habe vor, die HAVAG als Vorhabenträger mit einzubeziehen.

**Zu Anfrage Nr. 14 - des Stadtrates Dr. Köck, PDS, zur Konzeption der**

**Nachnutzung**

**freiwerdender Gebäude**

---

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, die Verwaltung habe eine Liste der betreffenden Gebäude erstellt. Zu klären seien jedoch die Eigentumsfragen, die Frage, ob die Immobilien sanierungswürdig seien oder nicht u.a. Man habe sich die Angelegenheit einfacher vorgestellt, als sie sich nun darstelle. Innerhalb der Verwaltung sei noch einmal dazu diskutiert worden, auch müsse es der Beigeordnetenrunde vorgelegt werden, da es viele Bereiche betreffe. Sie denke, im Mai 1998 könne die Angelegenheit dem Stadtrat vorgelegt werden.

**Zu Anfrage Nr. 15 - der PDS-Fraktion zum Kauf der Liegenschaft des**

**Gesundheitszentrums**

**Silberhöhe durch die GbR**

**Gesundheitszentrum**

**Silberhöhe**

---

Frau **Greuel**, PDS, erklärte, die Antwort der Verwaltung sei nicht ausreichend.

Sie schlug vor, diese Thematik im Sozial- und Gesundheitsausschuß noch einmal auf die Tagesordnung zu nehmen, um weitere Fragen zu beantworten.

Herr **Sänger**, CDU, merkte an, daß der Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften in seiner nächsten Sitzung vom Liegenschaftsamt über sämtliche medizinische Liegenschaften der Stadt informiert werde und sich auch mit diesem Thema befassen werde.

#### **Mündliche Anfragen:**

Herr **Kupke**, CDU, fragte, ob die Voraussetzungen zur Öffnung der Kaiserslauterer Straße vorliegen. Es sei beschlossen worden, im I. Quartal 1998 zu öffnen. Sei die Finanzierung zum Ausbau der Straße geklärt?

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, antwortete: Um zu klären, welche Voraussetzungen nach der erfolgten Reduzierung der Belegung der Asylbewerberunterkunft noch notwendig sind, diesen Auftrag zu erfüllen, haben viele Beratungen zwischen den verantwortlichen Ämtern stattgefunden. Von allen Beteiligten wurde erkannt, daß aufgrund der zu erwartenden Verkehrsbelastung der Kaiserslauterer Straße bauliche Maßnahmen unbedingt erforderlich sind. Es handelt sich dabei um folgende Einzelbaumaßnahmen:

- Ausbau des Knotenpunktes Kaiserslauterer Straße/Eierweg. Die geschätzten Baukosten betragen 800 TDM. Nach dem jetzigen Planungsstand könnte diese Maßnahme im Jahre 1999 realisiert werden. Voraussetzung ist die Bereitstellung der Mittel.
- Ausbau der Kaiserslauterer Straße zwischen Eierweg und Prager Straße. Die geschätzten Baukosten betragen 500 TDM. In dieser Summe sind die Aufwendungen für die Reparatur der vorhandenen Fahrbahn und für das Anlegen eines Gehweges und der dazugehörigen Straßenbeleuchtung enthalten.
- Neubau der Ortsumgehung Wörmlitz. Die gegenwärtig vorhandene Anbindung der Kaiserslauterer Straße an den Südstadtring ist kapazitätsmäßig nicht in der Lage, den Verkehr aufzunehmen. Aus diesem Grund ist es zwingend erforderlich, sowohl die Ortsumgehung Wörmlitz als auch einen neuen Knotenpunkt am Südstadtring auszubauen. Die geschätzten Kosten betragen 1,5 Mio DM. Die Maßnahme befindet sich in der Phase der Vorplanung und könnte ebenfalls im Jahre 1999 realisiert werden. Um die Mindestanforderungen für die Öffnung

der Kaiserslauterer Straße zu gewährleisten, sind finanzielle Mittel in Höhe von 2,8 Mio DM erforderlich.

Da diese Mittel zur Zeit nicht bereitstehen, schlage er vor, den Stadtratsbeschluß im Sinne eines realistischen Termins für die Öffnung der Kaiserslauterer Straße zu ändern. Dieser Termin könne das Jahr 1999 sein; Voraussetzung sei die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, ergänzte, wenn es dann so wäre, daß sich der Ausbau aus den genannten Gründen verschiebe, dann komme man in einen Zeithorizont hinein, wo die Investoren in der Garnison Wörmlitz sowieso auf der Grundlage von Durchführungsverträgen die Kaiserslauterer Straße im mittleren Bereich ausbauen und finanzieren müssen und zwar endgültig. Auf diese Weise ließen sich die Kosten für provisorische Ausbaumaßnahmen in diesem Bereich sparen.

Herr **Kautz**, CDU, ging auf die schriftlich formulierte Anfrage seiner Fraktion zur Wegweiskonzeption und Stadttourismus/Stadtinformation ein. Auswärtige Gäste der Stadt beklagten oft, daß Hinweise auf besondere Sehenswürdigkeiten erst direkt vor dem Objekt zu finden seien. Wie schätze die Stadtverwaltung die Realisierung dieser Konzeption ein?

Herr **Dr. Busmann** antwortete stellvertretend für drei Dezernate. Er wisse, daß das in Arbeit sei und schlage vor, daß der Arbeitsstand zu Protokoll gegeben werde. Auch das Dezernat VII und das Dezernat I seien daran beteiligt, ebenso wie das Tiefbauamt.

Herr **Dr. Koehn**, Bündnis 90/Die GRÜNEN, ergänzte zu dieser Thematik, daß am Bahnhof ein Stadtplan winziger Größe angebracht sei. Es sei doch simpel, einen großen Stadtplan aufzuhängen!

Herr **Dr. Reinhardt**, SPD, nahm bezug auf eine Pressemeldung. Darin sei geschrieben worden, daß sich die Stadt Halle eine attraktive Sportveranstaltung entgehen lasse, den Supercup im Basketball. Angeblich wäre kein Vertreter der Stadt in Berlin anwesend gewesen, als es um die Vergabe der Veranstaltung gegangen sei. Sei dieser Vorwurf zutreffend?

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, antwortete, es sei zutreffend, daß kein Vertreter der Stadt Halle am 20.02.1998 in Berlin bei der Vergabe des Supercups gewesen sei. Die Stadt Halle habe sich darum beworben gehabt und gebeten, Unterlagen zur Vorbereitung zu überreichen. Zu der entscheidenden Sitzung am Freitag sei die Stadt am Donnerstag eingeladen worden. Daraufhin habe er recherchieren lassen, was dort entschieden werden soll, nachdem die Stadt keinerlei Unterlagen erhalten hatte. Telefonisch

habe er erfahren, daß Kosten zwischen 250 TDM und 400 TDM auf die Stadt zukommen würden, ohne daß die Stadt diese Ausgaben über Werbeeinnahmen decken könne, da die Werbeeinnahmen dem Basketballbundesverband zustehen. Die Einnahmen für die Sportveranstaltung hätten bei vollem Haus ca. 140 TDM erbracht. Es wäre ein Restrisiko von bis zu 260 TDM geblieben. Er habe es als unseriös gehalten, eingeladen zu werden, ohne vorher die Karten auf den Tisch gelegt zu bekommen, und deshalb entschieden, daß die Stadt Halle unter diesen Bedingungen nicht antrete.

Frau **Bohley**, Neues Forum, ging auf die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage ihrer Fraktion zur Umsetzung der Radverkehrskonzeption ein. Darin habe es geheißen, aufgrund der Arbeitsteilung innerhalb der Verwaltung sei für die konzeptionelle Planung der beschlossenen Radrouten das Dezernat Planen und Umwelt, Stadtplanungsamt, zuständig, während die Ausführungsplanung und Realisierung dem Dezernat Bauen, Tiefbauamt, obliegen. Ein Zeitplan für die Umsetzung der Radverkehrskonzeption sehe vor, daß diese Umsetzung 1998/1999 beginne. Ihrer Fraktion sei aufgefallen, daß für die Umsetzung der Radverkehrskonzeption im Haushalt überhaupt nichts vorgesehen sei. Was könne man tun, damit man dieses Problem noch lösen könne?

Herr **Dr. Busmann** erwiderte, die Problematik betreffe zwei Dezernate. Im Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten habe man auf das Problem aufmerksam gemacht. Es sei nicht so, daß gar nichts im Haushalt geplant sei. 1,5 Mio DM seien eingeplant, davon würden über 900 TDM für den Saaleradwanderweg benötigt, für ein Schulwegsicherungsprogramm, für Fußwege, Sofortmaßnahmen und Verkehrsberuhigung Paulusviertel. Man könne hier leider nur mit ganz kleinen Schritten vorankommen.

Frau **Bohley** meinte, die Umsetzung dieser Konzeption müßte sich doch im Haushalt des Dezernates Bauen zu Buche schlagen. Sie mache deshalb hier darauf aufmerksam, weil es im Unterausschuß Finanzen den anderen Fraktionen offensichtlich nicht aufgefallen sei, daß das Geld nicht eingestellt worden sei. Ihre Fraktion sei mit der Antwort, die man im November erhalten habe, sehr zufrieden gewesen, da dort eine Zusage gemacht worden sei und nicht weiter nachgeschaut worden sei, ob im Haushalt des Dezernats VI dafür Geld eingestellt sei.

Herr **Dr. Busmann** meinte, er habe das Wort ergriffen, weil er der Prioritätengeber gewesen sei. Mit Herrn Heinrich und der Kämmerei habe man beraten. Dabei seien nicht mehr wie beabsichtigt 3 Mio DM herausgekommen, sondern leider nur etwa die Hälfte. Wenn man das ändern wolle, müsse man woanders kürzen, er fühle sich aber an die ver-

waltungsabstimmung gebunden.

Herr **Dr. Ackermann**, CDU, bezog sich auf die letzte Betriebsausschußsitzung des „neuen theaters“. Dort habe er angefragt, wie es möglich sein könne, daß von einer Exterroristin, die ein Buch geschrieben habe, im Spielplan des „neuen theaters“ dieses Buch besprochen werden soll. Namens seiner Fraktion möchte er wissen, wie der Stand sei.

Herr Beigeordneter **Gärtner** antwortete, es handle sich um einen Buchtitel von Inge Viett, Ex-RAF-Mitglied, über den im Januar im Programmheft gesprochen worden ist. Herr Dr. Ackermann habe bei der Betriebsausschußsitzung des „neuen theaters“ daraufhin-  
gewiesen und seine Empörung zum Ausdruck gebracht. Das sei im Protokoll festgehalten worden. Das Dezernat erwarte bis Mitte März eine Stellungnahme der Betriebsleitung des „neuen theaters“.

Herr **Heft**, PDS, fragte, wer derzeit die Interessen der Stadt Halle im Vorbereitungsbüro des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes vertrete. Ein weiterer Komplex sei: Es gebe seitens der Stadt konkrete Verhandlungen und auch einen fertigen Vertragsentwurf zur Gestaltung des Wohnumfeldes in Großwohnsiedlungen. Seines Wissens habe hier keine Ausschreibung stattgefunden. Welche Beweggründe hätten zu dieser Vergabe geführt? Weshalb sei der Stadtrat und sein Vergabeausschuß von dieser Vergabe ausgespart worden?

Herr **Dr. Busmann** antwortete auf die erste Frage, er vertrete zur Zeit die Interessen der Stadt im MDV als Beiratsmitglied. Zur zweiten Frage. Die Verwaltung habe in der Tat vorgehabt, einen Vertrag abzuschließen zwischen den 13 Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften der Stadt, vertreten durch verschiedene Dezernenten, einerseits und andererseits einer Planergruppe, bestehend wiederum aus zwei Komponenten, Acerplan Halle und s.t.e.r.n. Berlin. Dieser Vertrag sei bis heute nicht zustande gekommen. Man habe vorgehabt, ihn nach Abstimmung mit den zuständigen Stellen in den Vergabeausschuß zu bringen. Aufgrund widriger Umstände, die er erst vor wenigen Tagen erfahren habe, sei das nicht erfolgt. Es sei also eine neue Situation eingetreten, sobald es sich hinreichend konkretisiert habe, werde er dazu informieren. Ziel dieser Sache sei es gewesen, die vielfältigen Aufgaben der Wohnumfeldverbesserung für die 50 % der Wohnungen von Halle, nämlich 70 000 Platten-Wohnungen, besser als bisher zu koordinieren. Man habe sich ein Jahr um diese Konstruktion bemüht, und man sei enttäuscht, daß die Wohnungsgesellschaften, nachdem sie erst im wesentlichen zugestimmt haben, jetzt einen Rückzieher gemacht haben, der hoffentlich nur auf Zeit sei. Nach seiner Überzeugung brauche man dringend diese vom ihm so bezeichnete Wohnungs-plattform wie sie in Berlin, Leipzig sei und in anderen Städten auch angestrebt werde.

Die Frage, warum keine Ausschreibung vorgenommen worden sei, hänge damit zusammen, daß es wenige geeignete erfahrene Firmen gebe, die so qualifiziert seien, diese Arbeit zu übernehmen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** ergänzte, Wohnumfeldverbesserung sei in der Vergangenheit sehr eng gesehen worden. Ihr habe besonders daran gelegen, das soziale und das kulturelle Wohnumfeld in diese ganzen Belange mit einfließenzulassen. Es sei notwendig, alle Maßnahmen zu koordinieren.

Herr **Heft** fragte nach, ob im Moment die Aufgaben, die Herr Dr. Colditz wahrgenommen habe, durch einen halleschen Vertreter übernommen worden seien.

Herr **Dr. Busmann** antwortete, nach seiner Kenntnis sei dem so, er werde dieser Anfrage nachgehen.

Herr **Heft** wiederholte seine Frage, warum bei der Vergabe nach HOAI im Wert von fast 250 TDM der Vergabeausschuß ausgespart worden sei.

Herr **Dr. Busmann** erklärte, die Angelegenheit habe dem Ausschuß vorgelegt werden sollen; man habe den Vertrag paraphieren wollen, dann in den Vergabeausschuß bringen und dann den Vertrag richtig abschließen wollen. So sei es vorgesehen gewesen; dann sei man mitten im Rennen gestoppt worden durch die für ihn enttäuschende Haltung der Wohnungsgesellschaften.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS, fragte, ob die Aufgabenbeschreibung, die in dem Vorvertrag festgelegt worden sei, ausreichend sei, sich diese 400 TDM zu verdienen. Sei es zeitlich überhaupt möglich, diese Aufgabenfülle zu erfüllen?

Herr **Dr. Busmann** schlug vor, dies zu diskutieren, wenn es soweit sei. Die Fragen machten das Interesse deutlich. Natürlich habe man ehrgeizige Ziele gehabt, und alle Partner seien sich darüber einig gewesen und hätten in den Startlöchern gestanden. Dafür sei das Geld, das selbstverständlich abgerechnet worden wäre, angemessen gewesen.

Herr **Dr. Ackermann** nahm das Stichwort Wohnumfeldverbesserung auf und bezog sich auf einen von ihm eingebrachten Antrag, der beschlossen worden sei, daß der Oberbürgermeister im November einen Bericht im Stadtrat gebe. Es liege kein Bericht vor. Daraufhin habe Herr Dr. Busmann geantwortet - in bezug auf seine Anfrage bezüglich Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit in der Stadt Halle - , er werde alle Wohnungsunternehmen zusammenziehen und Anfang des Jahres Bericht erstatten. Er habe dieser Tage ein Schreiben vom Oberbürgermeister erhalten, darin werde zu seiner Anfrage vom November Stellung genommen; wenn er aber genau hinschaue, sei es eine Antwort auf seinen Antrag vom September.

Er fragte Herrn Dr. Busmann, ob dieser heute schon Ergebnisse von dieser Zusammenkunft berichten könne.

Herr **Dr. Busmann** erklärte, seine Stellungnahme sei davon ausgegangen, daß die Verwaltung das, wozu er eben gesprochen habe, zustande bekomme. Das sei nicht geschafft worden. Das bedeute, daß das ganze Thema Sauberkeit, das nicht der Schwerpunkt der Wohnungsplattform sein könne, wo aber die Wohnungsplattform als „Kleiderhaken“ benutzt werden sollte, um etwas mehr Koordinierung in die Gesellschaften zu bekommen, leider nicht vorangekommen sei. Die ehrgeizigen Koordinierungsziele der Verwaltung seien etwas storniert worden. Man müsse im Augenblick versuchen, durch Verwaltungs koordinierung und Aufeinanderzugehen, bilateral mit jeder einzelnen Gesellschaft, zu Werke zu gehen. Man werde an diesem Thema bleiben und zeitnah wieder dazu berichten.

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., kam zum Thema MDV und den dort handelnden Personen, die die Stadt Halle vertreten, zurück. Es sei wenige Tage her, als Herr Dr. Busmann in der F.D.P.-Fraktion über die MDV-Vorlage diskutiert habe; dabei sei neben dem schwäbischen Berater auch Herr Dr. Colditz gewesen. Das habe bei seiner Fraktion große Verwunderung hervorgerufen und ein gewisses Unverständnis. Er bat, seiner Fraktion zu dieser Problematik ebenfalls eine Information zukommenzulassen.

Herr **Dr. Busmann** antwortete, das werde in schriftlicher Form geschehen. Es gebe unterschiedliche Auffassungen - Vorbereitungs bürosichtweise und Aufsichtsratssichtweise HAVAG.

Herr **Dr. Meerheim** sprach die Thematik Zerstörung von Einrichtungsgegenständen in Schulen an. Wenn es gelinge, die Täter zu ermitteln und die Eltern dazubringen, die Kosten zu übernehmen, wie sei es dann der Schule möglich, diese Kosten weiter zu delegieren an die Eltern?

Herr **Gärtner** antwortete, wenn eine Strafanzeige gestellt und durch zivilrechtliche Möglichkeiten Schadenersatz verlangt werden könne, so werde das vom Schulverwaltungsamt durchgeführt.

Herr **Dr. Meerheim** nannte konkrete Fälle, in denen Eltern sich bereiterklärt hätten, für den durch ihre Kinder entstandenen Schaden aufzukommen. Aber die Eltern wollten die Reparaturrechnung sehen. Das sei nicht möglich gewesen.

Herr **Gärtner** sagte eine Prüfung der Angelegenheit zu.

Weitere Anfragen gab es nicht.

## Zu TOP 11 - Mitteilungen

---

---

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, ging auf den Wunsch von Herrn Stadtrat Lorenz ein, detailliert über Ergebnisse des Vertrages zwischen der Stadt Halle (Saale) und der DSK Deutsche Stadtentwicklungsgesellschaft mbH informiert zu werden - geäußert in der 38. Tagung des Stadtrates. Er empfehle, in die Unterlagen zum DSK-Vertrag in der Sanierungsstelle (Hansering 15, 4. Etage) Einsicht zu nehmen.

Weitere Mitteilungen wurden nicht gemacht.

Damit wurde die 39. öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) beendet.

**Dr. Brockmann**

**Szabados**

Vorsitzender des Stadtrates

Bürgermeisterin

der Stadt Halle (Saale)

der Stadt Halle (Saale)

Eckert

Protokollführerin

Panian

Protokollantin

Stadt Halle (Saale)  
02.03.1998  
Kommunalbüro

## N i e d e r s c h r i f t

der Einwohnerfragestunde zur 39. Tagung des Stadtrates  
der Stadt  
Halle (Saale) am 25.02.1998

---

---

Ort: Stadthaus, Festsaal  
Zeit: 14.05 Uhr bis 14.50 Uhr

Die Einwohnerfragestunde zur 39. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet von Herrn **Dr. Brockmann**, Vorsitzender des Stadtrates.

Herr Werner **Misch** ging auf das Thema Sauberkeit der Stadt Halle ein. Er fragte die Verwaltung, ab wann damit zu rechnen sei, daß in der Stadt Halle Verstöße gegen die Sonder-nutzungssatzung, gegen die Gefahrenabwehrverordnung und gegen die Straßenreinigungssatzung genauso konsequent verfolgt würden, wie Verstöße gegen das Parkverbot.

Ab wann und mit welchen Mitteln sollen die Durchsetzung dieser Rechtsvorschriften erreicht werden? Er halte es für einen unerträglichen Zustand, daß mehrere Jahre nach dem Inkraft-treten dieser Verordnung diese Rechtsvorschriften bisher nicht für den Bürger erkennbar durchgesetzt würden.

Herr **Dr. Roscher**, Beigeordneter für Verwaltung, Personal und Ordnung, antwortete, die Straßenreinigung sei Sache des Dezernats VI. Das Ordnungsamt habe allerdings auch die Möglichkeit, einzuschreiten. Das Thema Sauberkeit werde zur Zeit mit einer konzertierter Aktion angegangen, insbesondere bei den Freiflächen. Stadtwirtschaft und Grünflächenamt seien damit beschäftigt, ebenso wie Sozialhilfeempfänger, die für solche Tätigkeiten honoriert werden. Eine Verhaltensänderung der Bürger, mehr auf die Sauberkeit in den Straßen zu achten, sei nicht von heute auf morgen zu erzielen. Man müsse erreichen, daß auch die Hausmeister sich darum kümmern. Da sei man z.B. mit dem Schulverwaltungsamt unterwegs.

Er würde sich freuen, wenn sich auch die Wohnungsgenossenschaften und die Schulkinder an diesem großen Saubermachen beteiligten. Er denke, daß man in vier bis sechs Wochen Grund in den Straßenzustand bringen werde. Das Ordnungsamt gehe mit einer blauen Verwarnung, eine roten Verwarnung und dann mit einem Verwarngeld gegen Ordnung-sünder vor. Wenn das nicht fruchten sollte, müsse man zu gröberen Mitteln greifen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** ergänzte, man könne daran erkennen, daß die Verwaltung dies als gemeinsame Aufgabe sehe. Darüber hinaus sei es jedoch auch Sache der Bürger insgesamt, vor allem der Grundstückseigentümer, aber auch der Mieter.

Über Sonderprogramme würden auch ABM-Kräfte und Sozialhilfeempfänger eingesetzt; sie wehre sich jedoch dagegen ,

Sozialhilfeempfänger einzusetzen, die den Dreck anderer entfernen sollen.

Sie forderte, engagiert Partei für die Sauberkeit in der Stadt zu ergreifen und nicht immer nur zur Stadtverwaltung zu sehen, die dies regeln solle. Ohne Mithilfe der Bevölkerung komme die Verwaltung trotz aller Koordinierungsbemühungen nicht weiter.

Herr **Misch** dankte der Bürgermeisterin für deren Äußerung, daß es nicht Sinn und Zweck sei, ABM-Kräfte und Sozialhilfeempfänger dafür einzusetzen, den Dreck anderer wegzuräumen.

Er finde das für die Betroffenen geradezu entwürdigend.

Das Problem, denjenigen, der seinen Schmutz auf die Straße fallen lasse, ganz empfindlich zur Kasse zu bitten, obwohl es die Rechtsvorschriften ausdrücklich vorsehen, habe man noch nicht gelöst. An dieser Stelle sollte man ansetzen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** sprach die Verantwortung der Verwaltung für Schulen, Kindergärten u.ä. an. Dort müsse man für Ordnung sorgen. Man habe in der Stadt noch viele Grundstücke, wo die Eigentumsverhältnisse nicht geklärt seien; das sei auch ein Problem. Auch dort müsse die Stadt aktiv werden.

Frau **Spatz**, Straßburger Weg, ging auf die Tagesordnungspunkte vier und fünf - Biologicum - ein. Sie kam auf die Bedenken und Einsprüche zu sprechen, die Anlieger zu diesem Vorhaben geäußert haben. Sie meinte, die auswärtigen Architekten, die den Bebauungsplan erdacht haben, hätten die Anwohner, den Verkehr und die Klimaveränderung, die durch diese Bebauung auf die Anwohner zukomme, übersehen. Sie fragte, warum keine Klimastudie angefertigt worden sei.

Herr **Griep** äußerte sich ebenfalls zu dieser Thematik. Er fragte, warum dieser Beschluß zum Entwurf des Bebauungsplanes, der den Bürgern Ende letzten Jahres zur Stellungnahme vorgelegt worden sei, in so kurzer Zeit abgewogen wurde und heute bereits verabschiedet werden soll. Er stellte weitere Fragen: Warum seien die Verkehrsflächen ausgerechnet an die einzige ruhige Seite des zu bebauenden Dreiecks gelegt worden, in Richtung des Wohngebietes? Warum können Parkflächen auf dem übrigen Universitätsgelände, in der Kaserne oder auch auf dem vorhandenen Gelände nicht genutzt werden, mit kurzem Abstand zum Baugebiet? Man sei der Meinung, daß der Exerzierplatz der Kaserne bereits als versiegelte Fläche und Denkmalschutzfläche ohnehin nicht bebaut werden könne und optimal als Parkplatz zur Verfügung stehe. Parkflächen könnten auch hinter dem Biotechnikum, das gerade entstanden sei, sehr gut angeordnet werden.

Von der Stadt seien in einem Gutachten zum Verkehr 4 732 Fahrzeugbewegungen direkt an

der Rückseite des Wohngebietes prognostiziert worden. Auf dem Weinbergweg seien nach Auskunft 10 000 Fahrzeuge am Tag gezählt worden. Man frage, warum in dieser Form der Bebauungsplan verabschiedet werden soll. Man sei der Meinung, daß noch einige Punkte zu klären seien und deshalb der TOP 05 heute nicht zum Beschluß führen dürfe. Dazu sei eine ausführliche Schrift eingereicht worden, in der zahlreiche Punkte gefragt würden. Zum Klima und zum Verkehr bitte man hier um eine Antwort.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, stellte fest, daß es nicht unüblich sei, daß die Verwaltung sich auswärtiger Architekten und Planer bediene. Das ändere nichts daran, daß die Verwaltung prüfe und abwäge. Zum Klimaaspekt: Das sei sehr wohl abgewogen worden und sei kein Abwägungsdefizit. Im Mikrobereich seien gewisse Nachteile durch Eingriffe zu erwarten, im Makrobereich habe es jedoch nicht die Auswirkungen, die hier kritisiert würden. Er lege wert auf die Feststellung, daß es sich die Verwaltung hier nicht leicht gemacht habe. Auf der Grundlage des Flächennutzungsplanes sei abgewogen worden, darin seien diese Dinge jahrelang erörtert worden. Zur angesprochenen Kurzfristigkeit: Die Anwohner kritisierten, daß sie zu wenig beteiligt worden seien. Andererseits werde die Verwaltung kritisiert, daß es zu langsam gehe, daß Bebauungspläne viel schneller vorgelegt werden müssen, damit der Wirtschaftsstandort Halle sich schneller entwickeln könne. Die Abwägung sei in engem Einvernehmen mit der Martin-Luther-Universität erfolgt. Im Anschluß an die letzte Hauptausschußsitzung sei eine Änderung vorgenommen worden, mit der den Anwohnern entgegengekommen werde. Die Zufahrt zum Biologicum werde nach Süden verlegt, man verzichte also auf eine gemeinsame Kreuzung, habe eine versetzte Kreuzung auf Grund der Anregungen und Bedenken geplant. Das habe zur Folge, daß die freigewordenen Flächen genutzt werden könnten eventuell für lärmschützende Gebäude. Zu den Verkehrsflächen: Die Unterbringung der Parkplätze in der ehemaligen Heidekaserne - es sei bereits angedacht gewesen, einen Park-and-Ride-Platz dort unterzubringen, das sei von der Universität und vom Land Sachsen-Anhalt abgelehnt worden mit der Begründung, daß dann Parkflächen für die naturwissenschaftlichen Institute verloren gehen würden. Man sei bemüht gewesen, die Anzahl der Stellplätze auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Die Lage der Stellplätze sei durch das Wettbewerbsergebnis entscheidend bestimmt; nicht zuletzt seien es auch städtebauliche Gründe.

Herr **Griep** ging darauf ein, daß die Abwägung dazu geführt habe, daß die Gebäudehöhen, entgegen den Anregungen der Anwohner, diese zu verringern, jetzt um 4 Meter höher werden

dürfen. Weiter führte er an, daß es im Wettbewerb einen Preisträger Nr. 2 gegeben habe, der die optimale Lösung für alle Seiten gebracht habe. Dort sei gesagt worden: Verkehr zu Verkehr, keinen Verkehr in das Grundstück hinein, Parkplätze entlang des Weinbergweges und schützende Gebäude entlang dieser Verkehrsachse, innen sei eine Art Park oder Erholungszone für Studenten vorgesehen. Diesen Vorschlag gebe es auch. Es sei nur eine Frage der Zuordnung und der Abwägung, welchen Referenzen man den Vorzug gebe. Laut Lärmschutz-Gutachten liege man 1 Db unter dem Grenzwert, dem werde jedoch nicht genug Rechnung getragen, das werde mit § 50 Bundesimmissionschutzgesetz belegt; er zitierte diesen Paragraphen. Er forderte, daß dieser Beschlusentwurf noch einige Wochen in die Beratung zusammen mit den Bürgern gehe, um eine gute Lösung zubekommen.

Herr **Dr. Busmann** erwiderte, die Verwaltung habe gerade nicht den zweiten oder dritten Preisträger ausgewählt, weil er die Stellplätze in den öffentlichen Straßenraum packe. So könne man hier nicht Stadtentwicklung betreiben. Er bat Verständnis dafür zu haben, daß man in dieser schwierigen, aber auch spannenden Aufbauzeit der Stadt Halle zügig vorankommen müsse, damit man dem Ziel Rechnung trage, diese Bioregion mit einem sehr wichtigen Gebäuden weiter stärken zu helfen.

Frau **Spatz** erinnerte, daß sich die Anwohner seit mehr als einem Jahr in vielen Gesprächen bemüht hätten, diesen Plan zu einem für alle Seiten verträglichen zu machen. Es seien nur geringe Dinge, um die man sich noch bemühe und die man gern geändert hätte. Man stoße aber bei kleinsten Forderungen immer wieder auf ablehnende Haltung und Zurückweisung. Deshalb bitte man den Stadtrat um Hilfe, um eine Vertagung der Beschlußfassung, damit noch einige Dinge geklärt werden können wie z.B. die Höhe der Gebäude, die Abwassersituation

Herr **Dr. Busmann** entgegnete, die entsprechenden Zustimmungen vom Amt für Umweltschutz zum Abwasserproblem lägen vor. Er verwies darauf, daß - auf Anwohnerwunsch - die Zufahrt zum Biologicum an die Südseite verschoben werden soll - so werde es heute zum Beschluß vorgelegt. Er sage dies, damit nicht der Eindruck entstehe, die Verwaltung wolle sich nicht bewegen, aber man könne sich nicht weiter bewegen. Deshalb sehe er auch keinen Erfolg darin, die Angelegenheit zu vertagen; man sei dann genauso klug wie jetzt.

Herr **Ohmann**, Anwohner am Weinbergweg und Direktor des Institutes für Pflanzen- und Zellphysiologie, ging auf die Klimasituation und das Verkehrsaufkommen ein.

Unmittelbar neben seinem Wohnhaus befinde sich das TGZ. Dort seien 200 Parkplätze - die gleiche Anzahl, die in dem zur Diskussion stehenden Bebauungsgebiet geplant seien. Er fühle sich in keiner Weise durch den Verkehr, der im TGZ stattfinde, bedrängt oder belästigt. Er zweifle die Anzahl von ca. 7000 Verkehrsbewegungen an. Im Interesse der Institute und der Universität sage er, daß es auch bei einer Vertagung nach seiner Meinung keine neuen Argumente geben werde. Für den Standort Biologie hier in Halle und in Sachsen-Anhalt sei es ganz wichtig, daß der Bau dieses Gebäudes zu den bereits vorhandenen biologisch-orientierten unverzüglich begonnen werde. Eine weitere Verzögerung könnte nur schaden.

Herr **Porzig** sprach folgende Themen, die in der Presse zu lesen gewesen seien, an: Übertragung des Grundstücks der ehemaligen Poliklinik Silberhöhe an das Gesundheitszentrum Silberhöhe, Streit zwischen Herrn Dr. Busmann und Herrn Prof. Schuh. Er fragte Herrn Dr. Busmann, ob dieser eine Verleumdungsklage anstreben wolle. Weiterhin fragte er zur Entlassung von Dr. Colditz, dies sollte öffentlich behandelt werden.

Herr **Walter**, Beigeordneter für Wirtschaftsführung, Beschäftigung und Liegenschaften, antwortete, zwischen dem tatsächlichen Wert des Gebäudes (Poliklinik) und dem aktuellen Angebot liege eine Preisdifferenz von 3 Mio DM. In der Gemeindeordnung sei verankert, daß die Gemeinde in der Regel zum Verkehrswert zu veräußern habe, also die Stadt letztendlich keine Grundstücke und keine Gebäude zu verschenken habe. Über die Angelegenheit werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften beraten.

Herr **Dr. Busmann** erklärte, er habe nicht vor, sich zum Stichwort Verleumdungsklage zu äußern, ebenso wenig zur Angelegenheit Dr. Colditz.

Herr **Porzig** meinte, ihm gehe es um den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der im öffentlichen Teil der Tagung behandelt werden sollte. Zu den Äußerungen von Herrn Walter entgegnete er, es gehe nicht darum, daß die Stadt etwas verschenken solle, sondern darum, daß man für eine Einrichtung im zweitgrößten Wohngebiet, die der Öffentlichkeit nutze, gemeinsam einen Weg finde.

Frau **Schildbach** kam zum Thema „Biologicum“ zurück. Sie meinte, am TGZ seien die Parkplätze gebührenpflichtig, deshalb würde am Straßburger Weg geparkt. Die Begrünung, die für die abgeholzten Bäume vorgesehen sei, liege 500 Meter weiter und sei etwas, das ohnehin längst hätte geschehen müssen und betreffe kaum noch die Bürger im Straßburger Weg.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Damit wurde die Einwohnerfragestunde zur 39. Tagung des Stadtrates beendet.

**Dr. Brockmann**  
**Szabados**

Vorsitzender des Stadtrates  
Bürgermeisterin  
der Stadt Halle (Saale)  
der Stadt Halle (Saale)

Eckert  
Protokollführerin

Panian  
Protokollantin

Stadt Halle (Saale)  
02.03.1998  
Kommunalbüro

## A u s z u g

aus der Niederschrift der 39. Tagung des Stadtrates  
der Stadt Halle (Saale)  
am 25.02.1998 - n i c h t ö f f e n t l i c h

---

---

### Zur Tagesordnung:

Herr **Dr. Meerheim**, PDS, stellte namens seiner Fraktion den **Antrag** auf Absetzung des TOP 04 - Beschlußvorlage- Finanzierungsangelegenheiten von Immobilien.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** meinte, der Stadtrat solle sich frühzeitig mit dieser Angelegenheiten befassen. Sie schlug angesichts von Unsicherheiten im Beratungsbedarf eine gemeinsame Sitzung des Unterausschuß Finanzen und des Ausschusses für Wirtschafts-  
förderung, Beschäftigung und Liegenschaften vor. Einfach zurückziehen wolle die Verwaltung die Vorlage nicht.

Frau **Schmiedel**, CDU, stellte im Namen der CDU-Fraktion den **Antrag**, die Vorlage in den zuständigen Ausschüssen zu beraten.

**Abstimmung zu Antrag auf Absetzung der Vorlage**

von der Tagesordnung und Beratung  
in den Ausschüssen:  
mehrheitlich z u g e s t i m m t

F.d.R.d.A.

Eckert  
Protokollführerin